

Unterirdische Kommunikation

VON JAN DREBES

Verwundert reibt man sich die Augen im nächsten Akt des Trauerspiels. Schon vor Monaten hatte doch die Bundesregierung vorgemacht, wie grottenschlechte Kommunikation zu einem Gesetz geht, das alle Menschen in Deutschland betreffen wird – weil sie entweder Mieter oder Immobilieneigentümer sind. Doch trotz eines Kabinettsbeschlusses standen die Ampel-Kollegen in den Bundestagsfraktionen vor einem Scherbenhaufen und mussten das Heizungsgesetz nach eigenen Worten kernsanieren, um es überhaupt zu einer Einigung zu bringen. Und vor allem, um zu klaren und verständlichen Regelungen zu kommen.

Und jetzt das: Die Experten aus den Fraktionen von SPD, Grünen und FDP haben es endlich geschafft, auf Grundlage des sogenannten Leitplanken-Papiers die danach noch immer offenen Fragen zu klären und zu einer Einigung zu kommen. Dann lassen sie das an diesem Dienstag scheinbar noch etwas schlaftrunken von den langen Verhandlungen auch verkünden. Dass es jedoch Nachfragen geben könnte, worin denn nun die Einigung besteht, hat wohl niemand auf dem Schirm gehabt.

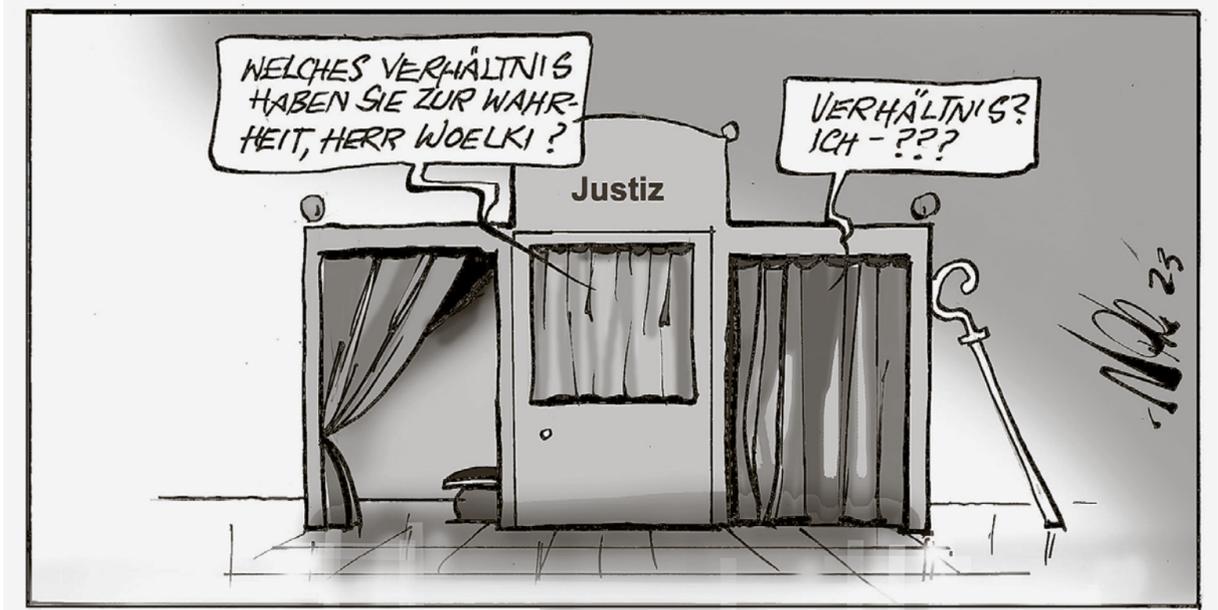
Nur so ist zu erklären, dass die Ampel-Fraktionen die Menschen nach der Verkündung weiter im Unklaren lassen, vorerst nicht offiziell zu den Details Stellung beziehen und so den miserablen Kommunikationsstil der Regierung fortsetzen. So entsteht das verheerende Signal, dass die tiefe Verunsicherung bei sehr vielen Menschen nicht aufgefangen wird. Das ist dilettantisch und der Lage nicht angemessen. Wer nun in die – wieder einmal – durchgestochenen Details schaut, erkennt zumindest den Willen, möglichst alle denkbaren Konstellationen der Wärmeversorgung einzubeziehen und soziale Härten für die Menschen abzufedern. Ob das aber tatsächlich gelingen wird, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Taktisches Geständnis, mildes Urteil

VON ANTJE HÖNING

Das Urteil kommt nicht überraschend: Das Landgericht München verurteilte den früheren Audi-Chef Rupert Stadler wegen Betrugs und macht ihn für den Verkauf von Tausenden manipulierter Dieselaautos mitverantwortlich. Damit hat einer der größten Skandale der deutschen Wirtschaftsgeschichte sein erstes Urteil gegen einen Vorstandschef. Doch Stadler kommt mit einer Bewährungsstrafe und einer Geldauflage davon und muss nicht in Haft. Das war nach dem Deal, den das Gericht dem prominenten Angeklagten im März vorgeschlagen hatte, zu erwarten.

Der smarte Audi-Manager hat Glück gehabt: Wäre er in den USA vor Gericht gekommen, hätte der Prozess ganz anders ausgehen können. Ein früherer Ingenieur von Volkswagen war wegen seiner Beteiligung am Dieseldieselbetrug in den Vereinigten Staaten 2017 noch zu vielen Jahren Haft verurteilt worden. Zwar hat auch Stadler lange in Untersuchungshaft gesessen und wird öffentlich geächtet, doch das Gericht verlässt er nun als freier Mann. Möglich macht dies der merkwürdige Deal: Das Gericht hatte Stadler und zwei Mitangeklagte vor die Wahl gestellt, entweder zu gestehen oder ins Gefängnis zu gehen. Und Stadler, der lange auf seine Unschuld gepocht hatte, räumte plötzlich seine Mitschuld ein. Das war kein Ausdruck echter Reue, das war ein rein taktisches Geständnis. Und auf dieser Basis kam der frühere Audi-Chef nun glimpflich davon. Aus Gründen der Prozessökonomie mag der Deal sinnvoll gewesen sein. Dass es der Justiz offenbar nicht gelingt, Manager mit hochklassigen Anwälten auch ohne ein solch fragwürdiges Geständnis zu verurteilen, hinterlässt einen faden Beigeschmack. Für Tausende betroffene Dieselfahrer und Anleger, deren Autos beziehungsweise Aktien durch den Betrug an Wert verloren, ist der Dieselskandal mit dem Stadler-Urteil ohnehin nicht zu Ende.



ANEINANDER VORBEI

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

ANALYSE In Afrika bieten Wagner-Söldner unter Druck geratenen Präsidenten und Herrschern ihre Dienste an. Ob die Kämpfer von Jewgeni Prigoschin oder künftig vom Kreml gesteuert werden, spielt für die Chefs der Regime keine Rolle.

Lebensversicherung der Gescheiterten

VON JOHANNES DIETERICH

Auch wenn die Zukunft Jewgeni Prigoschins, des Chefs der russischen Wagner-Gruppe, noch ungewiss ist: Fest steht, dass seine Söldnertruppe ihr Unwesen zumindest in Afrika weiterhin treiben wird – unter welchem Namen oder wessen Kommando auch immer. Denn das Netzwerk, das Wladimir Putins ungehorsamer Koch in den vergangenen Jahren über den Kontinent gezogen hat, ist für Moskau viel zu wichtig, um es einfach aufzulösen, sind sich Fachleute einig: „Wagner wird in Afrika weiter existieren“, sagt ein französischer Diplomat, „mit oder ohne Prigoschin“.

Derzeit sollen sich rund 5000 russische Söldner auf dem afrikanischen Kontinent befinden: Sie sind vor allem in Mali, in Libyen und der Zentralafrikanischen Republik aktiv. Dabei handelt es sich allerdings nur um die kämpfende Truppe: Das Phänomen Wagner ist wesentlich umfangreicher und umfasst Geschäftsleute, Geologen, Minen-Ingenieure und Kommunikationsexperten, die Prigoschins Troll-Fabrik, die Internet Research Agency, bedienen.

Der südafrikanische Investigativ-Journalist Julian Rademeyer befasst sich schon lange mit der Wagner-Gruppe: Ihm zufolge hat sie sich über die Jahre in ein „Netzwerk von Geschäftsleuten und Geschäftemacher“ entwickelt: Moskaus wichtigstes Werkzeug zur Förderung seiner wirtschaftlichen und politischen Interessen in Afrika. Hatte der Kreml Wagners Existenz lange grundsätzlich geleugnet, wird heute höchstens noch bestritten, dass die Gruppe ihre Befehle aus dem Kreml erhält: Nach dem Exil Prigoschins wird sich auch das nicht länger leugnen lassen. Nach den Worten Rademeyers funktioniert das Wagner-Netzwerk ohnehin wie die russische Regierung – nach den „Strukturen des organisierten Verbrechens“, schreibt der Journalist in einer Studie der Genfer Globalen Initiative gegen transnationales organisiertes

Verbrechen (GI-TOC). Putin setze Wagner als „diplomatisches Instrument“ in Afrika ein: Seit es massenhaft Sanktionen gegen das Land gebe, sei das Netzwerk für Moskau wichtiger als je zuvor.

Dass es die Gruppe nach der Meuterei und des Exils ihres Gründers in Afrika schwerer haben wird, ist ebenfalls nicht zu erwarten. Unter demokratischen Regierungen galt ihr Ruf schon zuvor als wenig solide, was autokratische oder unter Druck geratene Präsidenten und Militärherrscher nicht daran hinderte, ihre Dienste in Anspruch zu nehmen. Im Sudan versuchte Militärdiktator Omar

al-Baschir sich mit ihrer Hilfe – vergewaltigt – an der Macht zu halten; in der Zentralafrikanischen Republik sollen die Söldner Faustin Archange Touadéra vor dem Ansturm der Rebellen schützen

und in Mali die Militärregierung in ihrem Kampf gegen islamistische Extremisten unterstützen. Die Wagner-Gruppe sei eine „Lebensversicherung für gescheiterte Regime“, meint Frankreichs Präsident Emmanuel Macron: Ob sie von Prigoschin oder künftig vom Kreml selbst gesteuert wird, spielt für sie keine Rolle.

Die Chefs dieser Regime stören sich nicht einmal daran, dass es den Söld-

nern auf das Wohl der jeweiligen Bevölkerung offensichtlich nicht ankommt. In Mali war die Wagner-Truppe nach einer UN-Untersuchung an einem Massaker von mehr als 500 Zivilisten beteiligt: Die Militärregierung versuchte daraufhin, die UN-Mission loszuwerden. Einer Studie des „Armed Conflict Location and Event Data Project“ zufolge gilt mehr als die Hälfte der militärischen Operationen der Wagner-Truppe in der Zentralafrikanischen Republik der Zivilbevölkerung. Und im Sudan versorgen die russischen Söldner die „Rapid Support Forces“ mit Waffen, die in der Region Darfur zu Kriegsverbrechen eingesetzt werden.

Ein Ende derartiger Missstände wäre höchstens dann möglich, wenn die Afrikanische Union den Einsatz von Söldnern verbieten würde, meint der Politologe John Clark von der Florida International University. Doch weil die Auftraggeber der Wagner-Gruppe selbst im Staatenbund sitzen, sei von dort „nichts zu vernehmen“.

Immerhin stuft die US-Regierung die Söldnertruppe im Januar als „transnationale kriminelle Organisation“ ein und froh ihre in den USA deponierten Guthaben ein. Kürzlich geplante weitere Sanktionen wurden indes aufgeschoben – weil die US-Regierung im innerrussischen Konflikt nicht parteiisch erscheinen wollte. Auch die EU erließ Sanktionen gegen Prigoschin und Co.: Doch das über den Kontinent gespannte wirtschaftliche Netzwerk ist davon nicht betroffen.

Die Wagner-Gruppe hat sich vor allem Schürfrechte in den Goldminen von Mali, dem Sudan und der Zentralafrikanischen Republik gesichert. Von der dortigen Hauptstadt Bangui rollen wöchentlich drei Lastwagenkonvois in Kameruns Hafenstadt Douala. Die westliche Kritik an dieser Art von Ausbeutung höre sich allerdings heuchlerisch an, meint Joseph Sany vom New Yorker Institute of Peace: „Denn nicht anderes tun westliche Staaten schon seit Jahrhunderten.“

„Wagner wird in Afrika weiter existieren, mit oder ohne Prigoschin“

Französischer Diplomat

INFO

Wagner-Gruppe offenbar von Russland finanziert

Exil Der russische Söldnerchef Jewgeni Prigoschin ist nach seinem bewaffneten Aufstand gegen Moskaus Militärführung in Belarus eingetroffen. „Ja, wirklich, er ist heute in Belarus“, sagte Machthaber Alexander Lukaschenko am Dienstag in Minsk der staatlichen Nachrichtenagentur Belta zufolge. Prigoschin war im Fall einer Ausreise nach Belarus vom Kreml Straffreiheit zugesichert worden.

Aufstand Der 62-Jährige, dessen Söldner zuvor monatelang an der Seite der regulären russischen Armee in der Ukraine kämpften, hatte am vergangenen Samstag einen lange schwelenden Machtkampf innerhalb der russischen Militärführung eskalieren lassen. Ihr praktisch ungehinderter Vormarsch Richtung Moskau stoppte erst gut 200 Kilometer vor der russischen Hauptstadt. Offiziellen Angaben zufolge soll Alexander Lukaschenko im Auftrag Putins mit Prigoschin vermittelt und den Söldnerchef zum Aufgeben überredet haben.

Sicherheit Im Gegenzug sicherte der Kreml Prigoschin Straffreiheit zu. Den aufständischen Wagner-Kämpfern hingegen bot er an, in Russlands Streitkräften zu dienen. Sie könnten aber auf eigenen Wunsch – ebenso wie Prigoschin – auch nach Belarus ausreisen, hieß es.

Finanzierung Putin hat erstmals eingeräumt, dass die Wagner-Armee ausschließlich vom russischen Staat bezahlt wurde. „Wir haben diese Gruppe komplett finanziert“, sagte Putin am Dienstag der russischen Nachrichtenagentur Interfax zufolge bei einem Treffen mit Soldaten. (dpa)



Ein Wagner-Kämpfer auf einem gepanzerten Fahrzeug.

FOTO: DPA

WISSENSDRANG

Viel mediale Aufmerksamkeit wurde in den letzten Wochen Frauen zuteil, die sich beschwerten, auf der Afterparty einer Rockband wie Sexobjekte behandelt worden zu sein. Eine von ihnen fragte, warum Till Lindemann nicht zu Prostituierten gehe. Kurz nach dieser Debatte erschien im Internet ein „Spiegel“-Artikel über Prostitution in Deutschland, der schnell wieder von der Titelseite verschwand. Darin ging es um Frauen, die in Osteuropa verschleppt oder unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und hier mit Gewalt gezwungen werden, sich für 50 Euro sexuell misshandeln zu lassen. Die Legalisierung der Prostitution in Deutschland vor 20 Jahren sollte Sicherheit und Schutz der Prostituierten verbessern.

Aufmerksamkeit ungleich verteilt

Osteuropäische Prostituierte haben ein schweres Schicksal, das oft vergessen wird.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Tatsächlich hat sie kriminellen Menschenhändlern Tür und Tor geöffnet. Diese wirklichen Opfer von Sexsklaverei haben keine Stimme, weil man sich für ihr Schicksal kaum interessiert. Die einen scheinen die sexuelle Ausbeutung von Frauen in der Sexindustrie als eine Art „notwendiges Übel“ zu betrachten. Andere stellen sich unter Prostitution einen luxuriösen Escort-Service vor, bei dem sich selbstbestimmte Studentinnen sexuell ausleben und etwas dazuerwerben. Zudem sind Interessengruppen bereit, der gesellschaftlich gepflegten Illusion von Prostitution als selbstbestimmter Sexarbeit auch noch ein Mäntelchen politischer Korrektheit umzuhängen. Im April sollte auf der kritischen Woche der Fachschaft Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum

eine osteuropäische Ex-Prostituierte aus der feministischen Gruppe Sisters über Sexsklaverei referieren. Sie wurde kurz vor der Veranstaltung eingeladen. Eine Behindertengruppe hatte sich beschwert, weil die Sexarbeit auch für Behinderte eine gute Einkommensquelle darstelle: „Daher stellen wir uns auch entschieden an die Seite aller selbstbestimmten Sexarbeiterinnen und -arbeiter und gegen das nordische Modell als kriminalisierendes Element und gegen jede Orga, die sich gegen Sexarbeit ausspricht.“ Ja, das nennt man Haltung zeigen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.